

Hegemoniale Artikulation: Frankreichs „Nation“ als leerer Signifikant

DANIEL SCHULZ

1. Einleitung

Die Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe steht in ihrer demokratietheoretischen Dimension auf den Trümmern des jakobinischen Imaginären (Laclau/Mouffe 1985: 2). Als Dekonstruktion der für das jakobinische Paradigma zentralen Kollektivsubjekte und der damit einhergehenden Absolutismen revidiert sie eine Tradition, die sich seit der französischen Revolution in die Geschichte des Politischen eingeschrieben hat. Laclau und Mouffe stellte sich dieser Zusammenhang als Erblast innerhalb der marxistischen Theorietradition dar – ein Erbe, welches für das Verständnis der politischen Konstellation im späten zwanzigsten Jahrhundert mehr und mehr als eine Schranke gewirkt hat. Der Blick über diese Schranke hinaus offenbarte hinter den vorgezeichneten Pfaden geschichtsphilosophischer Notwendigkeit ein Neuland, das für diese Tradition lange nur *terra incognita* bedeutete: die Offenheit der Politik, die Pluralität des Sozialen und die Unabgeschlossenheit sozialer und politischer Identität. Im Licht der Rückkehr des Politischen brach die Evidenz politischer Einheitssemantiken in sich zusammen und eröffnete, nachdem man sich aus der Semantik der Klassen theoretisch herausgearbeitet hatte, auch eine Analysemöglichkeit über die diskursive Genese und Stabilisierung politischer Identitäten.

Dieser Aufsatz will die Fruchtbarkeit des hegemonietheoretischen Ansatzes am Beispiel einer der virulentesten und dauerhaftesten Einheitssemantiken der Moderne aufzeigen: der Nation in Frankreich. Der hegemonie- und diskurstheoretische Ansatz kann dieses Untersuchungsfeld gerade deshalb erhellen, weil er in seinem Kern die Bildung politischer Subjektivität in der Moderne problematisiert und gerade für die kollektive Dimension dieser Subjektbildung ein weit reichendes Analysepotenzial zur Verfügung stellt. Als Nation schien gerade in

Frankreich der politische Subjektivitätsanspruch der Revolution einen angemessenen Körper gefunden zu haben. Doch was ist die Nation? Wer spricht für sie, wo handelt sie, was macht sie aus?

Die Nation in Frankreich kann als eine Codierung des Politischen verstanden werden, welche aufgrund ihres herausgehobenen Universalitätsanspruches in besonderem Maße den Regeln der hegemonialen Artikulation unterliegt. Seit der französischen Revolution ist die Nation die zentrale Matrix des Politischen, in die sich die unterschiedlichen und antagonistischen Geltungsansprüche eingeschrieben haben. Nicht nur für das Verständnis der historischen Genese der Nation in Frankreich, sondern auch in umgekehrter Richtung für die Frage nach der interpretierenden Anwendung des hegemonietheoretischen Designs ist es daher von besonderem Interesse, diese Codierung des Politischen und ihre Entwicklung genauer zu betrachten.

2. Die Hegemonietheorie in der Methodenkonkurrenz

Die Nation wurde als politische Ordnungsform zuletzt anhand einer Vielzahl unterschiedlicher Ansätze thematisiert. Im Anschluss an Benedict Andersons populäre Formel von der Nation als „Imagined Community“ wurden so die kulturwissenschaftlichen Impulse aufgenommen, welche die Aufmerksamkeit auf die symbolischen Konstruktionsprozesse kollektiver Identität richten (Anderson 1998). Hier sind es insbesondere die gesellschaftlichen Kommunikationsprozesse und ihr Wandel, welche zur Analyse der Nation in der Moderne herangezogen werden. Durch die neuzeitlichen und modernen Medienrevolutionen hat sich der Bezugshorizont sozialer und politischer Kollektive ständig erweitert. Mit der Nation liegt in dieser Perspektive erstmals ein symbolischer Rahmen vor, der die notwendige Identifikation moderner Gesellschaften mit sich selbst ermöglicht. Jedoch wird hier zur Erklärung auf ein anthropologisch verankertes Identitätsbedürfnis zurückgegriffen, das selbst nicht in Frage gestellt wird. Auch aus wissenssoziologischer Perspektive erscheint die Nation als symbolisches Konstrukt. Wissenssoziologische Analysen rücken dabei häufig die Rolle von intellektuellen Elitendiskursen bei dieser Konstruktion in den Vordergrund.¹ Hier fungiert die Nation als eine politische Ordnung, welche durch divergierende Codierungen unterschiedlich aufgeladen wird und sich so im Dauerkonflikt zwischen „primordialen“, „traditionalistisch-konventionalen“ und „universalistischen“ Codes befindet. Diese Codierungen liefern dabei für die Grenzziehung kollektiver Identität eine jeweils ganz andere Begründung: seien es die primordialen Codes wie Verwandtschaft, Geschlecht oder Ethnie und Rasse, die traditionalen Codes wie geschichtliches Herkommen, oder die universalistischen Codes wie Menschheit,

1 So im Anschluss an Shmuel N. Eisenstadts Überlegungen zur Achsenzeit Giesen (1993, 1999).

Fortschritt und Erlösung. In diesem Ansatz treten bereits sehr viel klarer die diskursiven Positionskämpfe und der Konflikt von Deutungen und Interpretationen in den Vordergrund. Die Nation erscheint so als ein dynamisches Diskursgefüge, in dem intellektuelle Gruppierungen mit wechselndem Einfluss ihre Deutung der Nation gegen konkurrierende Deutungen in einem Kontext durchsetzen können, der ein symbolisch-kulturelles Set von Möglichkeiten verfügbar hält. Ähnlich operiert auch ein Verständnis der Nation, welches den methodischen Zugang über die politisch-kulturellen Deutungsdiskurse erschließt. Problematisch bleibt jeweils das Spannungsverhältnis zwischen Deutungseliten und kulturellen Strukturen – insbesondere die Akteursqualität von Deutungseliten, ihr Verhältnis zu den kulturell verfügbaren symbolischen Ressourcen und die Frage nach der Deutungsmacht bestimmter Positionen. Diese Fragen werden aufgegriffen in der von Karl-Siegbert Rehberg aus kulturoziologischer Perspektive entworfenen Theorie institutioneller Mechanismen: Hier kann die Nation als ein Ordnungsentwurf verstanden werden, welcher aus der dauerhaften Synthese widersprüchlicher Leitideen hervorgeht. Als Einheitsfiktion verdeckt die gelungene Institutionalisierung die konfliktierenden Geltungsansprüche und Ordnungsvorstellungen, die in der Nation dauerhaft verarbeitet wurden.² An den auf die Nation gerichteten Ordnungsdiskursen lässt sich hingegen ablesen, in welchem Maß hier der Kampf um Deutungshoheit auch die Geltung der Nation als institutionelle Ordnung stabilisiert.

Allen Ansätzen gemein ist die Betrachtung der Nation als symbolische Ordnung. Damit lösen sie sich bereits grundsätzlich von einem traditionellen, substantialistisch gedachten Begriff der Nation. Sie öffnen zugleich den Blick für die kulturellen Konstruktionsprozesse, auf denen die kollektiven Identitäts- und Ordnungsentwürfe beruhen. Welche Möglichkeiten bietet nun darüber hinaus die Analyse hegemonialer Mechanismen für das Verständnis der Nation?³ Zunächst kann hier auf einer ähnlichen Ebene angesetzt werden: Die kollektive Ordnungsform der Nation entzieht sich, wie alle gesellschaftlichen und politischen Kollektivbegriffe, einer konkreten Bestimmung als abgeschlossene und unmittelbare Bedeutung. Anstelle einer wörtlichen, buchstäblichen Relation tritt so ein komplexer symbolischer und pluraler Verweisungszusammenhang. Daneben stellt sich die Frage nach der Nation als Kollektivsubjekt, welches zugleich als geschlossene Einheit fungiert, aber auch die Subjektpositionen im national codierten Raum des Politischen nach ihrer Nähe oder Ferne zur Nation strukturiert.

Mit dem Theorieentwurf von Laclau und Mouffe kann so an einer für die Analyse der Nation zentralen Stelle angesetzt werden: Die Subjektformierung

2 Vgl. zum Ansatz der institutionellen Analyse insbesondere die Arbeiten von Karl-Siegbert Rehberg (1994, 2001) sowie des Dresdner Sonderforschungsbereichs „Institutionalität und Geschichtlichkeit“ und des Europäischen Graduiertenkollegs „Institutionelle Ordnung, Schrift und Symbole“; vgl. auch Schulz (2004).

3 Im Folgenden wird zurückgegriffen auf die zentrale Arbeit von Laclau/Mouffe (1985), sowie auf Laclau (1994, 1996).

basiert auf einer permanenten und dynamischen Verschiebung diskursiver Machtkonstellationen, wodurch zu einer Schließung der kollektiven Identität gedrängt wird. Zugleich wird aber durch die konflikthafte, agonale Struktur dieser diskursiven Konstellation eine Pluralisierung erzeugt. Die Nation kann als diskursiver Knotenpunkt im Sinne von Laclau und Mouffe, als übergreifender Signifikant gefasst werden, der durch seine Aufladung mit divergierenden Geltungsansprüchen zugleich eine Entleerung erfährt und auf diese Weise zu einem Oberbegriff des Politischen aufsteigt (Laclau/Mouffe 1985: 112-113). Dabei befindet sich das als Nation codierte politische Kollektiv in einem Spannungsfeld zwischen „Partikularität“ und „Universalisierung“: Einerseits werden mit der Nation universale Gehalte wie Menschenrechte und Demokratie verknüpft, um die Geltung dieses Ordnungsanspruches gegenüber konkurrierenden Behauptungen rechtfertigen zu können. Andererseits bildet eine so stabilisierte Ordnung die partikulare Identität eines sozialen Kollektivs aus, welche die universalen Geltungsansprüche zu widerlegen scheint. Es ist dieses Spannungsfeld, welches die doppelseitige Rolle der Nation deutlich werden lässt. Mit Laclau und Mouffe lässt sich diese Doppelseitigkeit als eine dauerhafte Etablierung von „Äquivalenzketten“ und von Antagonismen beschreiben (Laclau/Mouffe 1985: 165): Als identitätsbildender politischer Diskurs konstruiert die Nation zum einen eine Reihe von Ähnlichkeiten bzw. Äquivalenzen oder Äquivalenzketten, welche die Gemeinsamkeit ganz unterschiedlicher Elemente in Bezug auf ihre Zugehörigkeit zur Nation herausstellt. Sie sind äquivalent insofern sie national sind. Zugleich aber operiert der Diskurs der Nation auch über Abgrenzung zu einem Außen: In diesem konstitutiven Antagonismus enden die Gemeinsamkeiten, und durch das Außen sollen die Äquivalenzketten, das vereinende, identitätsstiftende Nationale stabilisiert werden. In diesem Licht erscheint die Nation als Schnittmenge zahlreicher Deutungs- und Artikulationsversuche, die zum einen mit Blick auf eine äußere Grenze operieren, zum anderen nach innen in einer permanenten Konkurrenzsituation zueinander um die Artikulierung symbolischer Einheit stehen. Die Praxis der „Artikulation“ im Sinne Laclaus und Mouffes bedeutet dabei, dass die Einheit zwischen sozialen Akteuren nicht mehr als Ausdruck einer vorausgehenden Wesensverwandtschaft verstanden werden kann, die im politischen Prozess durch Repräsentation einfach nur abgebildet oder gespiegelt würde, sondern politische Einheiten sind immer das Ergebnis einer politischen Konstruktionsleistung und eines politischen Kampfes – sie müssen mit anderen Worten immer erst politisch artikuliert werden (Laclau/Mouffe 1985: 65). Hegemonial werden solche politischen Artikulationsversuche dann, wenn es ihnen gelingt, einen „Bedeutungüberschuss“ zu produzieren – also eine Form der symbolischen Mehrdeutigkeit, die sich auch als „Deutungsoffenheit“ bezeichnen lässt, und die den Sinn des jeweiligen Diskurses für die Identifikationsmöglichkeiten aus mehreren unterschiedlichen Perspektiven öffnet.

Dieser Ansatz hebt damit die Nation als eine Synthese, d.h. eine Äquivalenz von Widersprüchlichem hervor und betont die Fiktionalität der hergestellten Ein-

heitsvorstellung. Zwei Aspekte sind dabei besonders zu berücksichtigen: Zum einen vollziehen sich die hegemonialen Artikulationsversuche der Nation immer auch im Kontext alternativer Ordnungsvorstellungen, wie der Republik, der Demokratie, dem Staat, dem Volk etc.⁴ Hier kann durch eine Vielzahl diskursiver Positionen eine Äquivalenzbeziehung hergestellt werden, durch welche der Nation ein bestimmter Stellenwert innerhalb der gesellschaftlichen Ordnungsdiskurse zugewiesen wird. Zum anderen kann durch diese diskursiv vollzogenen Deutungsprozesse die Nation mit völlig gegensätzlichen politischen Ordnungsmustern verknüpft werden. Beide Aspekte sind indessen eng miteinander verbunden: Je stärker sich die Nation als Zuschreibungsmatrix für divergierende Geltungsansprüche erweist, je stärker sie also zu einem Ort sich kreuzender Äquivalenzketten wird, desto mehr gelingt es der Nation, sich als zentraler sinnstiftender Diskurs zu etablieren – und umso stärker wird sich die Nation auch gegen konkurrierende Platzhalter gesellschaftlicher und politischer Ordnungserzeugung behaupten. Mit anderen Worten: Die Nation wird im Prozess der Nationbildung immer mehr zu einem Diskurs, der dazu in der Lage ist, das Gemeinsame einer Menge von ansonsten heterogenen oder gar sich widersprechenden Elementen auszudrücken – eben dadurch, dass diese Elemente als national gleichwertig und bedeutend rekonstruiert werden.

Analytisch ist davon auszugehen, dass dieser Konstitutionsprozess einer Nation nicht an den Punkt einer endgültigen Schließung gelangt, an dem etwa die nationale Identität zu sich selbst käme. Gerade mit Laclau und Mouffe ist hier die prinzipielle Unabgeschlossenheit solcher Artikulationsprozesse zu betonen, wie es sich auch am Beispiel der Nation beobachten lässt: Auch langfristig etablierte, hegemoniale Diskursformationen können in eine Krise geraten; die vormals durch Äquivalenzbeziehungen und Antagonismus stabilisierten Glieder verlieren ihren Kontext, symbolisch festgeschriebene Beziehungen lösen sich auf und setzen ihre Bestandteile wieder frei, die damit in anderen Symbolsystemen reartikuliert und mit anderen Geltungsansprüchen versehen werden können.

Die Nation steht so als Signifikant politischer Einheit in der Konkurrenz hegemonialer Kämpfe. Im Anschluss an Laclau/Mouffe kann diese Ordnungskonkurrenz um die hegemoniale Repräsentation des Allgemeinen durch die Differenzierung von hegemonialen Kämpfen erster Ebene und hegemonialen Kämpfen zweiter Ebene beschrieben werden (Nonhoff 2006: 204-206). Während die Kämpfe erster Ebene sich darauf beziehen, welche Symbolik das abwesende Allgemeine repräsentiert, haben hegemoniale Kämpfe zweiter Ebene die Füllung des bereits etablierten Signifikanten zum Inhalt. Die Nation in Frankreich steht so seit der Revolution in einer Konkurrenz erster Ebene zu konkurrierenden Einheitssemantiken wie zur Verfassung, zur Republik, zur Monarchie, zum Volk oder zum Staat. Der Grund, warum sich die Nation im neunzehnten Jahrhundert dauerhaft als hegemoniale Ordnungssymbolik etabliert hat, kann dabei in der hö-

4 Zur französischen Republik als Einheitssemantik Schulz (2003).

heren Offenheit für konkurrierende Geltungsansprüche vermutet werden, die so in der Lage ist, im Gegensatz zu inhaltlich stärker aufgeladenen Ordnungskonzepten unterschiedliche politische Lager auf sich zu vereinen und so durch die Interpretationskonflikte zugleich eine diskursive Einheit herzustellen. Es sind diese Interpretationskonflikte zweiter Ebene, die sich auf die Nation als eine Überwindung des Mangels an Gemeinschaft beziehen und die sie in letzter Konsequenz als hegemoniale Ordnung erster Ebene stabilisieren.

Wenn davon ausgegangen werden kann, dass die Prozesshaftigkeit ein entscheidendes Kriterium solch hegemonialer Konstellationen ausmacht, dann gilt es auch methodisch, die Analyse der entsprechenden Formationen danach auszurichten und eine zeitliche Dimension in die Untersuchung mit einzubeziehen. Es besteht so die grundlegende Notwendigkeit, diese diskursiv erzeugten Hegemoniekonstellationen nicht als statische Momente, und auch nicht allein räumlich, sondern in ihrer historischen Genese und Wandlung zu betrachten. Erst durch die zahlreichen Frakturen, die über die Zeitdimension in die diskursive Konstellation eingeschrieben werden, tritt der hegemoniale Prozess zutage.

Der Analyserahmen muss daher methodisch auf die historische Tiefenschärfe eingestellt werden. Benötigt wird dafür eine Untersuchungsebene, welche als Indikator für das Vorliegen hegemonialer Artikulationsversuche dienen könnte. Als Hinweis für ein solches Vorliegen könnten die überschießenden Bedeutungsgehalte politischer Signifikantenketten herangezogen werden. Wo kann nun die symbolische Aufladung der Konzepte und der Ort der Artikulation nachgewiesen werden? Methodisch empfiehlt sich als möglicher Zugang, diese Zusammenhänge anhand von Wörterbüchern und Enzyklopädien sichtbar zu machen: Das Medium des politischen Wörterbuchs bzw. der politischen Enzyklopädie ist bereits auf eine hegemoniale Artikulationspraxis in einem historischen Kontext angelegt. Die Besetzung von Begriffen und Konzepten erscheint hier als eine symbolische Praxis, in der Bedeutungen und Beziehungen angelagert werden, die sich von alternativen Deutungen abgrenzen.⁵ Auf diese Weise manifestiert sich der von einer Position im politischen Raum erhobene Anspruch auf Deutungsmacht in einem sich abschließenden Referenzsystem. Dabei sind für diese mediale Manifestation die weit verbreiteten allgemeinen Wörterbücher und Enzyklopädien jedoch nur bedingt geeignet, da sie weitestgehend die sedimentierten Bedeutungen wiedergeben, nicht aber die spannungsreichen Auseinandersetzungen um die Deutungsmacht. Viel besser eignen sich dagegen die explizit als politisches Projekt aufgelegten Werke, da diesen zumeist die Spuren des Deutungs-

⁵ Vergleichbare, wenn auch nicht deckungsgleiche Ansätze bewegen sich im Spannungsfeld von hermeneutischen und poststrukturalistischen Entwürfen: so z.B. das weite Feld der Diskursanalyse, die Begriffsgeschichte im Sinne Reinhart Kosellecks oder die Ideengeschichte der Cambridge School. Vgl. auch die instruktiven Antrittsvorlesungen im Collège de France von Foucault (1971), Bourdieu (1982) und Rosavallon (2003), deren gemeinsamer Bezugspunkt die Verhandlung von politischen Wissensordnungen ist.

kampfes tief eingeprägt sind. Die dort erläuterten Begriffe verweisen auf die symbolische Präsenz antagonistischer Hegemoniekämpfe – wobei es nicht etwa die Begriffe wären, denen eine Subjektqualität oder ein ontologischer Status zu käme. Vielmehr handelt es sich um mediale Manifestationen eines den politischen Raum strukturierenden symbolischen Systems, das sich dadurch als System konstituiert, dass alle Beiträge mit dem Signifikanten „Nation“ eine abwesende Totalität zu repräsentieren suchen.

Der Beitrag untersucht so die historische Genese der Nation in Frankreich anhand der Diskurse, welche darüber sprechen, was die Nation ist. Dabei wird im Folgenden nur der Prozess der Deutungszuschreibung und Artikulation im neunzehnten Jahrhundert nach der Revolution bis zu den ersten Krisen der republikanischen Staatsnation in der III. Republik analysiert – eine Krisenhaftigkeit, die paradoxerweise zugleich den Erfolg der Nation anzeigen. Die Skizze erfolgt anhand einer knappen Auswahl von Quellen, die jedoch präzise Auskunft über die Artikulationen geben, welche von unterschiedlichen Positionen im politischen Raum hervorgebracht wurden.

3. Hegemoniale Artikulation: Die Nation im 19. Jahrhundert im Medium politischer Sprache

Das „*Dictionnaire de l'Académie*“ verzeichnet in seinen fünf Auflagen bis zur Französischen Revolution von 1789 nur eine spärliche Definition dessen, was unter Nation verstanden werden soll (Le Guern 1996).⁶ Erst die sechste Auflage von 1835 berücksichtigt die Entwicklung der Revolution. Interessant sind hier weniger die Definitionen selbst, sondern vor allem die umfangreiche Ausweitung der kontextuellen Beispielformen von „Nation“ und „national“, die durch ihre wachsenden Bedeutungshorizonte und Äquivalenzmöglichkeiten eine zunehmende politische Aufladung der Nation als ein Ordnungskonzept anzeigen. So verbindet man mit Nation vor allem „les droits, les libertés, les lois, la constitution, le gouvernement d'une nation“. Bis zur siebten Auflage von 1879 ergibt sich hier keine Veränderung mehr. Die Nation ist damit durch die Revolution zu einem zentralen Ordnungsmodell geworden und zeigt bereits die Kapazität des nationalen Diskurses an, eine umfassende Verweisungskette von äquivalenten Verknüpfungen aufzubauen. Hinter der konsensorientierten Definition des „*Dictionnaire de l'Académie*“ verbirgt sich jedoch ein langwieriger und hochgradig politisch aufgeladener Konflikt um die Hoheit zur Deutung der Nation. Trotz der ge-

6 Wenn hier von einem Sollen gesprochen wird, dann bezieht sich dies auf den normativen Charakter des Akademiewörterbuches, das einen einheitlichen Gebrauch nur vorschreibt, diesen aber selbst nicht einlösen kann. Einen normativen Anspruch erheben auch die nachfolgenden, konfliktiv-politisch gehaltenen Werke – im politischen Gebrauch der Konzepte gewinnt jedoch die pragmatische Dimension an Gewicht, sodass hier nicht mehr von bloß normativen Quellen gesprochen werden kann.

sicherten Bilanz der Revolution bleibt daher die Frage nach der Repräsentation der Nation und nach dem der Nation angemessenen Regierungssystem ungeklärt.

Während also die Nation auf der ersten Ebene hegemonialer Ordnung als etabliert betrachtet werden kann, so treten die hegemonialen Kämpfe zweiter Ebene um die inhaltliche Besetzung der Nation in den Vordergrund. In den politisch und polemisch ausgerichteten Wörterbüchern dieser Zeit kommt dies klar zum Ausdruck. Im „*Dictionnaire critique du langage politique*“ von 1842 wird die Nation so gleichgesetzt mit der Monarchie und vor allen anderen Deutungsversuchen in Schutz genommen. Die einzige nationale Regierung ist die monarchische Regierung (Bailleul 1842). Das Adjektiv „national“, durch die demokratisch gesinnten Republikaner mit dem Titel ihres gleichnamigen Journals „*Le National*“ besetzt, wird eben diesem Lager auf das Heftigste abgesprochen. Unter dem Stichwort „national“ heißt es daher nach einer radikalen Kritik an der Demokratie als Herrschaftsform: „il n'y a et il n'y aura jamais, pour la sécurité, pour la liberté, pour la prospérité de tous, que le gouvernement monarchique, le seul qui puisse être vraiment NATIONAL“ (Bailleul 1842: 527). Mit der groß angelegten Tirade gegen die Demokratie geht auch die radikale Ablehnung der Republik einher. Dazu heißt es unter dem Stichwort „République“: „Après les épreuves qu'a subies la France en 1793 et en 1794, nous ne concevons même pas comment on ose prononcer ce mot“ (Bailleul 1842: 666).

Diese defensiv ausgerichtete Position des Monarchismus unter Louis-Philippe gerät gegen Ende des Juli-Regimes immer stärker unter den Druck demokratischer Forderung nach einer Öffnung des Wahlrechts für breitere Schichten der Gesellschaft. Der negativ-aggressive Grundton der Artikel bei Bailleul ist daher kein Zufall, denn er zeigt deutlich die Verunsicherung an, die gegenüber den republikanischen Strömungen im Kampf um die symbolische Deutungshoheit besteht. Die Bedrohung der Monarchie wird übertragen auf die Nation, welche kategorisch abgeschottet wird gegen die Verbindung mit der republikanischen Regierungsform sowie der demokratischen Organisation politischer Prozesse und gesellschaftlicher Strukturen. Während also die Nation hier grundsätzlich als Ordnungsbegriff akzeptiert und damit auch in ihrer Geltung bestätigt wird, so zeigt sich der grundsätzliche Antagonismus zwischen der Nation als Republik und der Nation als Monarchie, welcher die beiden hegemonialen Strategien des neunzehnten Jahrhunderts begleitet.

Eine auf exklusive Deutungshoheit ausgerichtete Strategie wird ebenso von den linken Republikanern vertreten. Deren Interpretationsstrategie spiegelt sich repräsentativ im ebenfalls 1842 erschienenen „*Dictionnaire politique*“ wider (Duclerc/Pagnerre 1842). Hier wird die *Souveraineté nationale* als politisches Grundprinzip artikuliert – nicht nur als Prinzip der demokratischen Republik, deren Unterstützung wiederum das gemeinsame Bekenntnis aller an diesem *Dictionnaire* Beteiligten ausmacht, sondern auch als fundamentales und universales Prinzip der historischen Entwicklung insgesamt (Duclerc/Pagnerre 1842: IX).

Die Schöpfung der Nation wird dabei nicht der Revolution zuerkannt, sondern vielmehr als ein Resultat der Zentralisierung der Macht unter Ludwig XIV. beschrieben. Diese historistische Wendung erscheint auf den ersten Blick erstaunlich für die Republikaner, die sich selbst als die Erben der Tradition von 1789 und 1792 beschreiben. In der Französischen Revolution waren es ja gerade die Negationen der geschichtlichen Rechtfertigungsmuster und die Betonung des Neuen, welche die Nation als revolutionäres politisches Deutungsmuster ausgezeichnet hatten. Bei Sieyès lässt sich so ein Ahistorismus beobachten, der ganz auf einen Bruch mit der aristokratischen Legitimitätserzählung ausgerichtet ist. Der Dritte Stand wird so zum konkurrierenden Träger politischer Legitimität, die sich jedoch, im Gegensatz zur Legitimität des Adels, gerade nicht aus der Geschichte herleitet, sondern aus „Vernunft und Gerechtigkeit“ (Sieyès 1988: 36). Die Reartikulation von 1789 – nicht als Geburtsstunde, sondern als Sieg der Nation – spiegelt die Tendenz republikanischer Historiker der Epoche, die Revolution und ihre Errungenschaften als Ausdruck eines langen geschichtlichen Prozesses zu deuten.

Das republikanische Lager beginnt zu dieser Zeit mit der eigenen Vergeschichtlichung – und das bedeutet in erster Linie die Ausarbeitung einer republikanischen Geschichte der Nation (Darriulat 2001: 127). Populäre Historiker wie Michelet, Quinet oder Laponneraye, aber auch aktive Politiker und Schriftsteller beginnen in den 30er und 40er Jahren des neunzehnten Jahrhunderts mit der historischen Aneignung der Französischen Revolution aus republikanischer Perspektive – ein Unternehmen, das nicht zuletzt der politischen Legitimierung der Gegenwartskämpfe diente. Letztere werden vor allem als Ende und Ergebnis einer langen geschichtlichen Kette von Auseinandersetzungen vorgestellt, die sich von den Kelten über Gallier, Römern und Franken bis in die Gegenwart zieht. Die Nation ist in dieser neuen Wahrnehmung weniger *creatio ex nihilo* wie noch bei Sieyès, sondern sie wird rehistorisiert zum Ausdruck einer langfristigen Entwicklungstendenz der französischen Gesellschaft, die mit 1789 nicht lediglich ihren Anfangspunkt, sondern bereits ihren ersten Gipfel erreicht hat. Der durch die Nation symbolisierte zeitliche Rahmen beginnt nun nicht mehr erst 1789. 1789 und, mehr noch, 1793 werden in dieser symbolischen Revision zu Momenten eines nationalen Traditionszusammenhangs, dessen Artikulationspotenzial ebenso weit in die Vergangenheit wie auch in die Zukunft reicht.

Diese Ausweitung des sinnstiftenden Potenzials der Nation kann aus der Perspektive hegemonialer Artikulation als ein Versuch gewertet werden, die Verweisungsketten, also die Herstellung von Äquivalenzen zeitlich zu verlängern und damit weiter zu stabilisieren. Die Nation als ein Bedeutung stiftender politischer Signifikant gewinnt eine zunehmende Reichweite, in dem ihm jetzt auch die vorrevolutionäre Vergangenheit zugeschlagen wird: Diese Vergangenheit, welche zuvor als opake, vornationale Zeitschicht verstanden werden musste, lichtet sich in dem Maße, wie die in ihr enthaltenen Bruchstücke und Motive aus der Sinn und Identität stiftenden Gewalt des Alten Regimes zunehmend in eine

Äquivalenzbeziehung zur Nation gestellt und damit ihrer Differenz beraubt werden. Mit dieser erweiterten Reichweite der Nation setzt sich zugleich das fort, was bei Laclau als Entleerung eines politischen Signifikanten beschrieben wird, und zwar im Sinne einer „pure cancellation of all difference“ (Laclau 1996: 38), einer Logik, in der alle Bedeutungsdifferenzen in Äquivalenzketten aufgelöst werden. Indem die Nation zum historisch hegemonialen Bewegungsprinzip aufsteigt, gibt es keine Geschichtlichkeit außerhalb der Nation mehr.⁷

Die Demokratisierung von Politik und Gesellschaft im Sinn einer Egalisierung stellt dabei das Prinzip dieser national verstandenen Entwicklung dar. Die Revolution bedeutet für die Nation insbesondere den Bruch mit der Monarchie, also den Zeitpunkt, an dem der Nation aus der Perspektive der Republikaner eine innere Differenz eingeschrieben wird, die seitdem konstitutiv für ihr richtiges Verständnis zu gelten hat. Mit der 1789 erreichten Stufe ihrer Entwicklung schließt die Nation die monarchische Herrschaftsordnung aus. Die Revolution stellt in dieser Hinsicht einen Scheitelpunkt dar. Aufgrund der weitgehenden revolutionären Gleichsetzung von Nation mit dem Volk kann die Nation nur noch die Gestalt einer demokratischen Republik annehmen. Diese nach der Restauration diskursiv gefestigte antimonarchische Identität von Demokratie, Republik, Volk und Nation gehört im Vorfeld der Julirevolution von 1830 zu den Grundpositionen der Republikaner und wird auch im „*Dictionnaire politique*“ vertreten.⁸ Mit diesen Fusionsversuchen soll die Nation von jeder monarchischen Konnotation gereinigt werden und vollkommen in der Synthese mit der Republik aufgehen.

Die Nation erscheint bei den Republikanern bis 1848 daher als Ordnungsmodell, das durch eine enge Identifikation mit anderen diskursiv artikulierten Momenten inhaltlich und politisch aufgeladen wird: Soziales Äquivalent der Nation ist das Volk, politische Organisationsform und sozial gestaltendes Prinzip ist die Demokratie, welche nur als Republik Sinn ergibt und als Monarchie unmöglich erscheint. Grundlage jeder Herrschaft ist die Gesellschaft, die gegenüber dem Staat Inhaberin aller Souveränitätsrechte ist. Wichtigster Inhalt der Demokratie ist die Gleichheit, die ihren Ausdruck insbesondere im allgemeinen und gleichen Männerwahlrecht findet. Das Problem eines nationalen Partikularismus wird aufgehoben in der Hoffnung auf die Weltrepublik, in der die Menschheit als einzige, universale Nation endlich vereint sein wird. Gleichzeitig fördert diese Perspektive die missionarische Rolle Frankreichs als im Entstehen begriffene Kolonialmacht (Darriulat 2001: Teil VI).

-
- 7 Um diesen Zusammenhang zu veranschaulichen sei auf ein populärhistorisches Werk vom Ende des neunzehnten Jahrhunderts verwiesen, welches die Kulmination dieses nationalisierten Geschichtsverständnisses gut darstellt: In seiner für den Gebrauch in der Grundschule gedachten „Kleinen Geschichte der französischen Zivilisation von den Ursprüngen bis auf unsere Tage“ beginnt die französisch-nationale Entwicklungsgeschichte im ersten Kapitel mit den prähistorischen Vorfahren der Gallier und mit dem Bild eines – französischen? – Mammuts. Vgl. Rambaud (1890: 3).
- 8 Siehe die Einträge „Démocratie“, „Nation“, „Souveraineté“, „Souveraineté du peuple“ bei Duclerc/Pagnerre (1842).

Im Zuge der 1848er Revolution gerät die Nation endgültig in den Sog eines republikanischen Universalismus. Sie erscheint in diesem Zusammenhang nur als eine Zwischenstufe der Emanzipation, deren Inhalt die gesamte Zivilisation der Menschheit und deren Endziel die Weltrepublik ist. Frankreich verkörpert dabei die Rolle einer Avantgarde-Nation, die selbst bereits vom universalen Gedanken durchdrungen ist. Nach 1848 verstärkte sich diese Strömung insbesondere bei den Sozialisten. Allerdings schlägt diese radikale Ausweitung der nationalen Sinnstiftung auf die Menschheit als Kollektivsubjekt bald in ihr Gegenteil um: Zwischen Nation und Menschheit reißt die Herstellung von Äquivalenz ab und an ihre Stelle tritt eine Differenz, welche sowohl aus der Perspektive der Nation als auch des menschheitlichen Universalismus zur Stabilisierung des eigenen Ordnungsanspruches dienen soll.

Der Diskurs des radikalen Universalismus bestreitet den hegemonialen Geltungsanspruch der Nation auf der *ersten* Ebene und sprengt die Verbindung der Nation mit dem universalen Emanzipationsgedanken. Die Nation verkörpert nun nicht mehr das dynamische Symbol des Universalen, sondern wird zum bloßen Zeichen einer konkreten Partikularität. Im „*Dictionnaire rationnel*“ (de Potter 1859) wird so der Universalismus der Linken radikalisiert und die Kritik an der Partikularität von Nation, Patrie und auch der Volksouveränität begründet. Nur die Souveränität der Vernunft ermöglicht eine rationalisierte Gesellschaft, die *société universelle*. Der Patriotismus, als blinder Fanatismus und Ursache von Kriegen beschrieben, wird abgelöst von der *patrie universelle*. Die Republik ist in dieser Perspektive nicht besser als die Monarchie, da beide auf monopolisierter Gewalt beruhen und sich lediglich an unterschiedlichen Prinzipien orientieren. Durch die Herrschaft der Vernunft wird diese bloß ideologische Herrschaft aufgehoben und durch das absolute Wissen und die absolute Gerechtigkeit ersetzt. Die Nation ist hier nur ein Ersatzgott, ein Idol, das der Aufklärung der Gesellschaft entgegensteht. Nur durch ihre Überwindung wird es möglich, die Vielheit der Nationen durch eine einzige menschliche Nation zu ersetzen. Erst dann kann an die Stelle der durch einzelne Nationen monopolisierten Gewalt die Herrschaft des absoluten Rechts der Menschheit treten. Die neue Gesellschaft wird möglich, indem der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie schließlich zur Anarchie führen wird. So wird die alte Ordnung beseitigt, und es entsteht Platz für die neue sozialistische Ordnung, die ausschließlich auf der Grundlage der Sozialwissenschaft beruhen wird.

Wie reagiert nun der nationale Diskurs auf diese Bestreitung des hegemonialen Anspruches? Die Nation, so wie sie die Republikaner artikuliert hatten, gerät erheblich unter Druck – und dies von zwei Seiten gleichzeitig. Mit der Gründung der ersten Internationalen 1864 wird die Nation auf Seiten der französischen Linken endgültig zu einem problematischen Konzept. Der Internationalismus marxischer Prägung kritisiert Staat und Nation als partikulare Formen der Unterdrückung des Proletariats. Damit wird die republikanische Deutungshoheit in Frage gestellt, die in der Nation eine emanzipatorische, weil demokratische und revo-

lutionäre Kategorie erblickte. Auf der anderen Seite jedoch stellt sich dieser marxistisch inspirierten Kritik an der Nation bereits zu Beginn der 60er Jahre die Tendenz entgegen, die Nation als solidarisch-romantischen Rückzugsraum gegen die zunehmenden Entfremdungseffekte des kapitalistischen Wirtschaftssystems in Anspruch zu nehmen. Wirkmächtigster Vertreter dieser Richtung ist Proudhon. Während der internationalistische Sozialismus in Frankreich eher minoritär geblieben ist, war die Synthese von Sozialismus und Nation vor dem Hintergrund der rousseauistischen Tradition weit erfolgreicher. Dies bedeutet erneut eine Ausdehnung der Äquivalenzkette um den Begriff der Nation, denn wo sich im bürgerlichen Nationenverständnis die auf der Nation fußende Gleichheit nur auf die individuellen Rechte bezog, ist es mit der Synthese von Sozialismus und Nation nun auch die soziale Gleichheit und damit ein Großteil der gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit, die über die Nation politisch sinnstiftend erschlossen werden soll. Für den späten Proudhon waren es die lokalen und regionalen Lebens- und Produktionsgemeinschaften, welche die wahren Nationen darstellen. In ihnen erkannte Proudhon die Basis einer direktdemokratischen Organisation, die nicht auf die unterdrückende Existenz eines Staates angewiesen ist. Sie stehen im Gegensatz zur unitarischen Nation, in der mit Hilfe eines zentralistischen Staatsapparates die regionalen Unterschiede und damit auch die Autonomiepotenziale vernichtet werden. Diese Ansätze zur Verbindung von Sozialismus und Nation sollten in der III. Republik schließlich zu einer Krise des nationalen Republikanismus führen, in der die Verbindung der Nation mit Demokratie und Menschenrechten ernsthaft in Frage gestellt wurde.

Nach 1848 entspannt sich der Antagonismus zwischen den demokratischen Republikanern und den monarchiefreundlichen Liberalen. Im „*Dictionnaire général de la politique*“ von 1863/64, das sich programmatisch zur Mäßigung, zur Freiheit und zum Fortschritt bekennt, kann im Gegensatz zur Periode vor 1848 kein radikaler Konflikt zwischen Republik und Monarchie mehr ausgemacht werden (Block 1863). Im Vordergrund steht in dieser Periode der langsame Liberalisierung des zweiten Kaiserreiches unter Napoleon III. vielmehr die Frage nach der Existenz und der Beachtung der individuellen Grundrechte. In dieser Hinsicht ist es belanglos, ob diese Grundrechte unter der Staatsform der Republik oder der Staatsform der konstitutionellen Monarchie garantiert werden – die Gefahr, dass Grundrechte und Grundfreiheiten beeinträchtigt werden, besteht aus liberaler Sicht unter beiden Staatsformen gleichermaßen. Aus Sicht der Liberalen gilt es daher, die Verbindung der Nation mit den Grundrechten zu stärken und zu erweitern. Dieser Reartikulationsversuch bestreitet so unterschwellig die republikanische Hegemonie der Nation und leitet eine Verschiebung ein, von der Nation als realpräsenztes Volk hin zur Nation als Repräsentativköperschaft, welche symbolisch für die Garantie von Freiheitsrechten und nicht für politische Partizipation des Volkes steht. Hinsichtlich der Volkssouveränität und der Demokratie besteht daher von Seiten der Liberalen eine Skepsis bezüglich der Vereinbarkeit mit der Garantie der Grundrechte. Eine mögliche Zustimmung zu einer

republikanischen Staatsform ist aus diesem Grund an Vorbehalte geknüpft: Diese betreffen insbesondere die Frage des universellen Wahlrechts, welches als nicht zwingend mit der Nation verbunden abgewertet wird.

Auf den weitgehend synonymen Gebrauch von Nation und Volk bei den Republikanern weist dagegen Emile Littré in seinem „*Dictionnaire de la langue française*“ hin, jedoch nicht ohne den Zusatz, dass Nation ursprünglich die Herkunft und Abstammung einer Gemeinschaft bezeichne, während Volk die Gemeinschaft in ihren politischen Verhältnissen meine (Littré 1863-1875: Stichwort „*Nation*“). Als Positivist zieht Littré außerdem für die Nation die Erklärungsmerkmale von gemeinsamer Rasse und gemeinsamem Interesse heran. Während der letzte Punkt ein durchaus liberales Merkmal darstellt, verweist die Erwähnung der Rasse bereits auf einen aufkommenden Diskurs, der sich zum Ende des Jahrhunderts noch tiefgehender politisieren sollte – wenn auch mit geringeren Konsequenzen in Frankreich als in Deutschland (Giesen 1999: 285, 300, 311; Nicolet 1994: 193).

Der vielleicht wirkmächtigste Begriff der republikanischen Nation in der III. Republik wurde jedoch von Ernest Renan formuliert, der ebenso wie die republikanischen Historiker der 1830er und 1840er Jahre die Tradition und die geschichtliche Evolution mit einbezieht. Damit wird die republikanische Nation, die noch in der Französischen Revolution als neues politisches Subjekt verstanden wurde, endgültig selber zum festen Traditionshintergrund. Mit der Nation als republikanischer Tradition sind die Leitideen der Revolution der unmittelbaren Verfügbarkeit entzogen und sind dauerhaft in den Sinnhorizont der Nation eingeschrieben: Als konstitutive Momente können sie nicht mehr ohne Weiteres aus der hegemonial artikulierten Äquivalenzkette der Nation ausgeklammert werden.

Dabei geht Renan zunächst über eine Differenzierung vor und erörtert die Frage, was den französischen Begriff der Nation vom deutschen Begriff der Nation unterscheidet. Dazu stellt er eine Negativliste derjenigen Elemente auf, die für sich genommen nicht in der Lage sind, als Kriterium für die Existenz einer Nation zu fungieren. An erster Stelle dieser Liste steht für Renan das Konzept der Rasse, das er als antizivilisatorischen Regress einstuft (Renan 1922). Neben der Sprache und der Religion werden auch die gemeinsamen Interessen oder geographische Argumente für die Bestimmung der Nation ausgeschlossen (Renan 1922: 300, 303). Gegen diese „materialistischen“ Reduktionen stellt Renan die Nation als Idee des gemeinsamen Erbes und der gemeinsamen Zukunft: „Une nation est un principe spirituel, résultant des complications profondes de l'histoire, une famille spirituelle, non un groupe déterminé par la configuration du sol“ (Renan 1922: 305). Renan kann somit die Nation in den 80er Jahren des neunzehnten Jahrhunderts bereits als traditionsbildenden Träger von Leitideen betrachten, ohne ihn statisch auf die Vergangenheit zu reduzieren. Der konsensuelle Aspekt der revolutionären Nation, ihre Gründung auf den Willen aller, wird nicht in Frage gestellt, sondern in der bekannten Formel vom „*plébiscite de tous les jours*“ zum Ausdruck gebracht (Renan 1922: 307). Renans Begriff der Nation gibt sich somit als Erbe der rousseauistischen Tradition Frankreichs, der sich ins-

besondere vom deutschen Begriff der Kulturnation und seiner aufkommenden Biologisierung im völkischen Diskurs absetzt. Auch wenn dieser Begriff der französischen Nation einen breiten Konsens im republikanischen Lager wider-spiegelt, so übergeht er doch einen wichtigen Aspekt der III. Republik und der in ihr dominierenden Vorstellung von der Nation. Dieser Aspekt bezieht sich auf das paradoxe Verhältnis zu Deutschland nach der Niederlage von 1870 und der Annexion von Elsass-Lothringen. Einerseits wurde hier – auch von Seiten der Republikaner – der Revanchismus geschürt;⁹ andererseits jedoch rief die Stärke des vereinten Deutschlands auch eine gewisse Bewunderung für die Dynamik dieser Nation hervor, durch die man sich herausgefordert fühlte (Digeon 1992). Die Betonung des konsensuellen Aspektes der Nation in der III. Republik im Allgemeinen und bei Renan im Besonderen beruht daher nicht zuletzt auf dem Problem der von Deutschland 1871 annektierten Gebiete. Das Deutsche Reich stützte sich zur Rechtfertigung der Annexion vor allem auf kulturelle und sprachliche Aspekte, welche die Zugehörigkeit von Elsass-Lothringen zu Deutschland im Einklang mit der spezifischen Codierung der deutschen Nation bekräftigen sollten. Gegen diese Legitimation bot von französischer Seite vor allem die Betonung des Vertragsaspektes und der Zustimmung eine Chance, da sie vor dem Hintergrund der Stimmung in den annexierten Gebieten durchaus Erfolg versprach. Paradoxe Weise war es aber gerade dieser Begriff der republikanischen, auf Volkssouveränität und Demokratie beruhenden Nation, der durch die Niederlage in eine Krise geführt wurde und der so einen antirepublikanischen Nationalismus hervorbrachte (Sternhell 1997: 97).

Im aufkommenden Nationalismus der III. Republik wird diese Akzentverschiebung deutlich. Die Verwirklichung der Republik 1870 und in den Folgejahren ist keineswegs die Beendigung des Kampfes um das der Nation angemessene Regierungssystem. Im politischen und sozialen Vokabular zwischen 1869 und 1872 kommt so zum Ausdruck, dass der republikanischen Anbindung der Nation an das „Volk“ eine wirkungsmächtige Identifikation der Nation mit „la France“ gegenübersteht (Dubois 1962). Hier deutet sich eine weitere Verschiebung der diskursiven Deutungshoheit über die Nation an. Um 1871 können so bereits die international ausgerichteten Sozialisten als „antinational“ und „antifranzösisch“ aus der Nation ausgeschlossen werden. Umgekehrt wird den Zeitschriften der Linken aus den eigenen Reihen vorgeworfen, das Adjektiv „national“ im Titel zu belassen.¹⁰ Während also auf Seiten der Linken die Differenzen zur Nation zunehmen, bezieht sich das Kennzeichen „national“ zu diesem Zeitpunkt schon auf liberale oder konservative Antisozialisten, die damit das in der Nation präsente Legitimitätspotential abrufen können und zugleich den politischen Gegnern die Deutungshoheit streitig machen. Mit dieser Betonung der Differenz anstelle der Äquivalenz droht jedoch die Nation an Deutungsoffenheit einzubüßen, und auch

9 Dazu anhand von Schulbüchern Mogniotte (1996).

10 So die Titel *L'Opinion nationale*, *L'Avenir national* und *Le National*.

die Hegemonie erster Ebene wird dadurch bedroht: Je mehr sich auf der rechten Seite des politischen Spektrums die Nation als eine exklusive Logik durchsetzt, desto stärker werden die auf breite Inklusion setzenden Bemühungen auf der linken Seite, die Nation durch einen neuen Universalismus zu ersetzen und damit den hegemonialen Signifikanten „Nation“ ganz aufzugeben.

Die Verschiebung des Nationenbegriffs von links nach rechts erfolgt jedoch über mehrere Stufen. Während zunächst soziokulturell tief verankerte republikanisch-nationalistische Vereinigungen in der Reaktion auf die Niederlage von 1870 den Begriff der Nation von der linken Mitte nach rechts rücken, verbleiben sie dennoch im Rahmen eines republikanischen Konsenses – auch wenn über die Form der Republik und die Weise ihrer Verwirklichung tiefgreifende Differenzen bestehen und der Republikanismus auf dieser Ebene mit zunehmender Deutungsmächtigkeit immer weiter entleert wird. Erst in einer zweiten Stufe um die Jahrhundertwende erfolgt eine antirepublikanische Radikalisierung der Nation. Bei Charles Maurras und der Action française ist es, genau wie bei den Monarchisten des neunzehnten Jahrhunderts, die Verbindung zwischen Nation und Republik, die gekappt werden soll. Dieser zwischen Jahrhundertwende und Erstem Weltkrieg entstandene antirepublikanische, traditionalistische bis reaktionäre Nationalismus, der für eine neue Schließung der Nation kämpft, repräsentiert neben einem jakobinisch-republikanischen Nationalismus die zweite deutungskulturelle Ausprägung der Nation in der III. Republik. Hier wird sichtbar, dass der im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts artikulierte Zusammenhang von Nation und Republik nicht unauflösbar ist und die Nation auch in einen grundlegend anderen Artikulationskontext gestellt werden kann.

Das republikanische Regime stellt für Maurras die Herrschaft von Minderheiten über die eigentliche Nation dar. Diese Minderheiten sind die Feinde Frankreichs, die mit ausländischen Mächten zusammenarbeiten. Die Republik ist nach Maurras ein „gouvernement d'une oligarchie, oligarchie étrangère ou demi-étrangère, formée de juifs, de protestants, de franc-maçons et de métèques, unis par les liens de la religion, du sang et de l'or contre tout ce qui est national, c'est-à-dire héréditaire et traditionnel en France“ (Maurras 1933: Stichwort „République“). Dieses Regierungssystem der republikanischen Oligarchie ist Ergebnis und Ausdruck einer falschen Auffassung davon, welche Verfassung angemessen für Frankreich sei. Die republikanische Verfassung entspringt dem rationalistischen Konstruktivismus der Aufklärung und der Revolution – und diese beiden wiederum verstößen eklatant gegen die von der Natur gegebene politische und soziale Ordnung der Nation. Maurras greift hier bis in die Terminologie hinein die reaktionäre, antirevolutionäre Position von Joseph de Maistre auf, wenn er die Verfassungen von der Revolution bis zur III. Republik als Verstoß gegen die ursprüngliche und natürliche Ordnung verwirft. Dem Begriff der Tradition wohnt in diesem Diskurs die Tendenz einer Naturalisierung inne: Tradition ist nicht beliebig fortschreibbar, sondern sie enthält einen natürlichen Wesenskern, der den potenziellen Inhalt der Tradition auf das mit der „Natur“ verträgliche ein-

schränkt. Der Versuch der Französischen Revolution, eine neue Ordnung zu begründen, wird so als Abfall von der Natur der Ordnung Frankreichs gedeutet. Die Geschichte nach 1789 spielt für die Traditionsbildung keine Rolle mehr, die Revolution gehört nicht zum nationalen Erbe Frankreichs und kann nur als Negation wahrgenommen werden. Die Verschränkung von Tradition und Natur mischt sich hier mit einer organistisch-biologistischen Rhetorik, die insbesondere gegen die vernunftrechtliche und aufklärerische Vorstellung von einer Rationalität durch Verschriftlichung gerichtet ist.

Die Nation ist bei Maurras ein Kollektiv jenseits der Individuen. Als Ausdruck eines konkreten Ordnungsdenkens steht sie im Gegensatz zu den jakobinischen Egalitätsidealen für eine hierarchische Struktur des politischen und sozialen Gemeinwesens, in dem weder das Individuum noch die Masse im Mittelpunkt steht, sondern die Herrschaftsbeziehung zwischen Monarch und Untertanen, gefestigt durch die katholische Staatsreligion. Diese Unterordnung des Individuums geschieht hier nicht mehr im Sinne einer sozialpolitisch gedachten Solidarität, sondern sie beruht auf einer naturalisierten Ordnung. Der reaktionäre Nationalismus der Action française setzt sich so durch gesteigerte Radikalisierung von seinem jakobinischen Pendant ab, den er als oberflächlich und inkonsequent bezeichnet. Nur der integrale Nationalismus erkennt die Tiefendimension, die die Nation zu einem allumfassenden organischen Körper macht (Maurras 1933: Stichwort „Nationalisme intégral“). Im Gegensatz zur republikanischen Nation, die lediglich die Regierung von Minderheiten bedeutet, verwirklicht der integrale Nationalismus das Wohl der gesamten, der wahren Nation und nimmt dabei die radikalsten Elemente des Jakobinismus in sich auf.¹¹ Die dem jakobinischen Republikanismus zunächst bestrittene Universalität, die durch ein konkretes Partikulares ersetzt werden sollte, kehrt in diesem Diskurs also wieder zurück und wird auf der Grundlage eines Naturbegriffes neu artikuliert, der durch seine vermeintliche Absolutheit jeglicher Relativität enthoben ist.

Die Distanz zum jakobinischen Nationalismus kommt jedoch bei allen Ähnlichkeiten der Rhetorik nicht nur darin zum Ausdruck, dass die Monarchie als einzige wahre nationale Regierungsform das Ziel des integralen Nationalismus ist (Maurras 1933: Stichwort „Monarchie“). Diese Distanz wird auch deutlich im Begriff des Volkes. Volk ist hier weder die Gesamtheit der wahlberechtigten Bürger wie im demokratischen Republikanismus, noch die immerhin zur plebisizitären Akklamation befähigte Masse wie in der bonapartistischen Demokratie oder dem Nationalismus eines Barrès oder Boulangers. Das Volk steht in der Tradition des reaktionären Monarchismus vielmehr für die Gesamtheit der Untertanen. Der Volksbegriff wird so aus dem diskursiven Kontext des demokratischen Republikanismus herausgebrochen und wieder in Beziehung gesetzt zu

11 Hier werden gewissermaßen die politischen Ziele der Gegenrevolution in die hegemoniale Form des Jakobinismus gegossen. Maurras proklamiert daher: „Nous ne sommes pas un parti. Nous sommes le salut public“ (Maurras 1933: Stichwort „Nationalisme intégral“).

seinen älteren Konnotationen, in denen ihm jegliche Subjektqualität abgesprochen wird. Damit geht der integrale Nationalismus auch hier hinter die Revolution zurück und macht die seitdem aufgebauten hegemonialen Subjektpositionen durch eine alternative Deutung streitig.

Dasselbe gilt für die Nation, denn auch sie wird nur als Objekt, nicht jedoch als politisch handelndes oder zumindest Einfluss ausübendes Subjekt betrachtet. Gleichbedeutend mit dem Begriff der Nation gebraucht Maurras den Begriff „la France éternelle“, der die eigentliche Legitimationsgrundlage des integralen Nationalismus darstellt. In ihm sind die Franzosen aller Epochen einbezogen, gleichzeitig wird der Begriff jedoch auch als demokratiekritisches Argument benutzt. Denn das „salut public“ erstreckt sich nicht nur auf eine Generation, sondern auf alle Generationen, insbesondere die vergangenen. Eine demokratische Willensbildung kann vor diesem Traditionshintergrund daher nicht mehr Legitimität in Anspruch nehmen als eine monarchische Entscheidung. Hauptaufgabe der Politik ist es, die Tradition zur Geltung zu bringen.

Dennoch ist es auch bei Maurras die Nation, die als zentraler Ordnungsentwurf reklamiert wird. Der jakobinisch-plebisizitäre Nationalismus, der die Position von Maurras vorbereitete, aber eben auch eine Differenz zu ihr bildete, kann als ein Versuch konservativer Schichten betrachtet werden, sich entgegen einer als hegemonial empfundenen linksrepublikanischen Deutungsmacht einen Platz in der Nation zu erobern. Dieser Versuch führte letztendlich zu einer republikanischen Integration dieser Gruppen (Rudelle 1982). Dagegen hat sich der Diskurs um den reaktionären Nationalismus nach der Dreyfuss-Affäre mit Maurras und der Action française jedoch weiter radikalisiert und die extreme Rechte dauerhaft aus dem republikanischen Konsens ausgeschlossen. In der Auseinandersetzung um die Durchsetzung und Verfestigung ihrer Geltungsansprüche behielt die Kopplung der Nation an die Republik und mehr noch an die inzwischen als Tradition begriffenen Prinzipien von 1789 somit die Oberhand.

4. Die Nation als leerer Signifikant

Die Nation hat sich in Frankreich als hegemonialer Ordnungsdiskurs erwiesen. Dies war das langfristige Resultat der Revolution. Entgegen der Erzählung einer linear verlaufenden Erfolgsgeschichte handelt es sich jedoch um einen auf Dauer gestellten Konflikt gegensätzlicher Deutungen, während dessen Verlauf von unterschiedlichen Positionen aus der Versuch gemacht wurde, die Nation als Feldzeichen im politischen Kampf zu führen. Zunächst wird der Diskurs der Nation geprägt von einer Grundkonkurrenz: Es scheint, als ob die Republikaner erfolgreich die Nation dem monarchischen Diskurs entwunden haben und durch die revolutionäre Neuartikulation für sich besetzen konnten. Im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts wird diese Hegemonie auf mehreren Ebenen gefestigt. In der III. Republik zeigt sich jedoch, dass der umfassende und identitätsmächtige Er-

folg der Nation nur um den Preis einer weiteren Leerung gelingt. Den linken Republikanern entgleitet so die Deutungsmacht und die Nation wird mehr und mehr zum übergreifenden Signifikanten, der von jeder politischen Position aus in Anspruch genommen werden kann. Die hegemonialen Mechanismen verlagern sich mit dieser wachsenden Universalisierung auf die internen Konflikte um die Deutungshoheit der Nation. Aus dem Kampf um die Hegemonie erster Ebene wird so ein Kampf um die Hegemonie zweiter Ebene, womit sich die Nation umgekehrt in der Ordnungskonkurrenz symbolischer Einheitssemantiken durchgesetzt hat. Die Frage, ob es im Verlauf dieses Prozesses zu einer völligen Entleerung kommt, ist jedoch nicht einfach zu beantworten. In den Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit der Nation haben der Bezug auf die Menschenrechte und die Demokratie meist überwogen – wenngleich diese Momente immer auch als Differenz artikuliert werden konnten, wie im Diskurs des Kolonialismus und im Nationalismus des Ersten Weltkrieges. Die imaginäre Bedeutung der Nation steht so in einem Spannungsverhältnis und ist, mit den Worten von Cornelius Castoriadis (1990: 85), „ebenso leer wie überdeterminiert“.

Die Nation schiebt sich in diesem Prozess der Überdeterminierung zunehmend über die pluralen Artikulationsversuche der gesellschaftlichen Positionen, ohne dabei eine feste Bindung mit einem partikularen Subjekt eingehen zu können. Die im symbolischen Diskurs der Nation sich ankündigende Schließung der Gemeinschaft, das Zu-sich-selbst-Kommen des universalen politischen Kollektivsubjektes bleibt so lediglich eine auf Dauer gestellte Verheißung, deren Realisierung in der Konkurrenz pluraler Interpretationen permanent aufgeschoben werden muss. Vor dem Hintergrund der Analyse historischer Semantiken kann die Nation in Frankreich daher im Sinne Laclaus als ein leerer Signifikant bezeichnet werden, „a signifier without a signified“ (Laclau 1996: 36). Der hegemoniale Mechanismus operiert in den Versuchen partikularer Bewegungen, die abwesende Totalität, die Leerstelle, auf die der leere Signifikant verweist, zu füllen und hegemonial zu besetzen. In dieser Hinsicht wird Politik erst möglich durch die Unmöglichkeit einer in sich abgeschlossenen gesellschaftlichen Totalität: Die aus dieser Konstellation entstehenden leeren Signifikanten, welche auf diese Abwesenheit verweisen, symbolisieren zugleich die aus dieser Offenheit und Deutungsbedürftigkeit heraus erwachsende politische Dynamik, den nicht stillstellbaren Prozess einer konkurrierenden Bedeutungsaufladung politischer Ordnungssymbole (Laclau 1996: 44).

Die Analyse zeigt also, dass die Nation keineswegs als objektive Größe verstanden werden kann, sondern dass es sich um eine diskursiv artikulierte hegemoniale Formation handelt, die über den konkurrierenden Aufbau von Äquivalenzketten operiert. Die Deutungsmacht der nationalen Diskurse und die Reichweite der hergestellten Äquivalenz und Differenz lässt sich ablesen an dem Maße, wie sie die partikularen und verstreuten Elemente zu artikulieren vermögen und so in sich aufnehmen. Die langsame Transformation der republikanischen Nation von einem neuen Subjekt ohne Vergangenheit hin zu einer umfassenden

und traditionsgebundenen Ordnung zeigt, welchen Erfolg die hegemoniale Artikulation der Nation durch den Republikanismus im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts errungen hat. Der jakobinische Nationalismus in der III. Republik, der hier nur gestreift werden konnte, zeigt jedoch die Konsequenzen, welche die erfolgreiche Ausweitung der politischen Bedeutung des Signifikanten „Nation“ hatte: Als national können so nicht nur die positiv artikulierten Inhalte geltend gemacht werden, sondern konstitutiv für die Nation ist eben auch die antagonistische Abgrenzung gegenüber der Negativität eines diskursiven Außen, ohne die eine abschließende Identitätskonstruktion unmöglich ist. Dass diese Schließung im Zuge weiterer Radikalisierung auch im Inneren des Kollektivs reproduziert werden kann, wurde bei Maurras deutlich.

Weitgehend außer Acht gelassen wurde in dieser Skizze die Rolle des Staates bei der Formierung der Nation. Die Hegemonialisierung der Nation läuft so nicht zuletzt über die Hegemonialisierung des staatlichen Monopols symbolischer Gewaltsamkeit. Erst der dauerhafte Zugriff auf die staatlichen Institutionen der Bildung und Sozialisierung – allen voran die Schulen, das höhere Bildungswesen und die Armee – erlauben die wirkungsmächtige Verknüpfung lokal verstreuter Elemente zu einem System umfassender Äquivalenz (Rosanvallon 1990; Weber 1976). Umgekehrt wird zugleich die hegemoniale Artikulation der Nation durch den Staat zur Voraussetzung seiner eigenen Legitimität. Dieser Zusammenhang lässt sich in den staats- und verfassungsrechtlichen Diskursen ablesen, die ebenfalls in der III. Republik um eine Juridifizierung der republikanischen Geltungsansprüche bemüht sind und über das Modell der Staatsnation eine dauerhafte Synthese zwischen staatlichen Institutionen und der Nation festschreiben wollen (Schulz 2004: 157-184).

Die Auflösung des eingangs angesprochenen jakobinischen Geltungszusammenhangs eines personalisierten, einheitlich wollenden Kollektivsubjektes blieb auch für die Nation nicht folgenlos. Globalisierung und Europäisierung haben sich in den letzten dreißig Jahren als erfolgreich konkurrierende Artikulationsrahmen erwiesen, welche die Nation als symbolische Ressource in Frankreich deutlich abgeschwächt haben. Auch hier wäre eine hegemonietheoretische Untersuchung ein angemessener Rahmen, um die verschachtelte symbolische Tektonik sichtbar zu machen, die in diesen Transformationsprozessen wirksam ist. Die Analyse der französischen Nation, ihre wechselnden hegemonialen Konstellationen und der paradoxale Charakter divergierender Interpretationsversuche verweist am Ende auf das für die politische Moderne grundlegende Moment der Unabgeschlossenheit, welches nicht zuletzt eine der zentralen Möglichkeitsbedingungen der demokratischen Ordnung darstellt: „As society changes over time this process of identification will be always precarious and reversible and, as the identification is no longer automatic, different projects or wills will try to hegemonize the empty signifiers of the absent community. The recognition of the constitutive nature of this gap and its political institutionalization is the starting point of modern democracy“ (Laclau 1996: 46).

Literaturverzeichnis

- Anderson, Benedict (1998): *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. Berlin: Ullstein.
- Bailleul, Jacques-Charles (1842): *Dictionnaire critique du langage politique, Gouvernemental, civil, administratif et judiciaire de notre époque*. Paris: Renard.
- Block, Maurice (Hg.) (1863): *Dictionnaire général de la politique, par Maurice Block, avec la collaboration d'hommes d'État, de publicistes et d'écrivains de tous les pays*. Zwei Bände. Paris: O. Lorenz.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Leçon sur la leçon*. Paris: Les Éditions de Minuit.
- Castoriadis, Cornelius (1990): „Das Gebot der Revolution“, in: Ulrich Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 54-88.
- Darriulat, Philippe (2001): *Les patriotes. La gauche républicaine et la nation 1830-1870*. Paris: Édition du Seuil.
- de Potter, Louis Joseph Antoine (1859): *Dictionnaire rationnel des mots les plus usités en sciences, en philosophie, en politique, en morale et en religion avec leur signification déterminée et leur rapport aux questions d'ordre sociale*. Bruxelles et Leipzig: A. Schnée.
- Digeon, Claude (1992): *La crise allemande de la pensée française, 1870-1914*. 2. Auflage. Paris: Presses universitaires de France.
- Dubois, Jean (1962): *Le vocabulaire politique et social en France de 1869 à 1872. A travers les œuvres des écrivains, les revues et les journaux*. Paris: Larousse.
- Duclerc, Eugène; Pagnerre (Hg.) (1842): *Dictionnaire politique. Encyclopédie du langage et de la science politiques*. Paris: Éditions Pagnerre.
- Foucault, Michel (1971): *L'ordre du discours*. Paris: Gallimard.
- Giesen, Bernhard (1993): *Die Intellektuellen und die Nation. Eine deutsche Achsenzeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Giesen, Bernhard (1999): *Kollektive Identität. Die Intellektuellen und die Nation*. 2. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Laclau, Ernesto (Hg.) (1994): *The Making of Political Identities*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (1996): *Emancipation(s)*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York: Verso.
- Le Guern, Michel (1996): „Le mot ‚Nation‘ dans les six premières éditions du Dictionnaire de l’Académie“, in: Sylvianne Rémi-Giraud; Pierre Rétat (Hg.): *Les mots de la nation*. Lyon: Presses universitaires de Lyon, 161-168.
- Litré, Émil (1863-1875): *Dictionnaire de la langue française*. Paris: L. Hachette.
- Maurras, Charles (1933): *Dictionnaire politique. Etabli par les soins de Pierre Chardon*. Bd. 3. Paris: Cité des Livres.
- Mougniotte, Alain (1996): „„État“, „nation“, „patrie“ dans les manuels d’instruction civique vers 1880“, in: Sylvianne Rémi-Giraud; Pierre Rétat (Hg.): *Les mots de la nation*. Lyon: Presses universitaires de Lyon, 305-313.
- Nicolet, Claude (1994): *L'idée républicaine en France (1789-1924)*. Paris: Gallimard.
- Nonhoff, Martin (2006): *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt ‚Soziale Marktwirtschaft‘*. Bielefeld: transcript.

- Rambaud, Alfred (1890): *Petite histoire de la civilisation française. Des origines jusqu'à nos jours*. Paris: A. Colin.
- Rehberg, Karl-Siegbert (1994): „Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen“, in: Gerhard Göhler (Hg.): *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie*. Baden-Baden: Nomos, 47-84.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2001): „Weltrepräsentanz und Verkörperung. Institutionelle Analyse und Symboltheorien – Eine Einführung in systematischer Absicht“, in: Gert Melville (Hg.): *Institutionalität und Symbolisierung*. Köln u.a.: Böhlau, 3-49.
- Renan, Ernest (1922): „Qu'est-ce qu'une nation?“, in: ders.: *Discours et Conférences*. 7. Auflage. Paris: Calmann-Lévy, 277-310.
- Rosanvallon, Pierre (1990): *L'État en France de 1789 à nos jours*. Paris: Éditions du Seuil.
- Rosanvallon, Pierre (2003): *Pour une histoire conceptuelle du politique*. Paris: Éditions du Seuil.
- Rudelle, Odile (1982): *La République absolue. Aux origines de l'instabilité constitutionnelle de la France républicaine 1870-1889*. Paris: Publications de la Sorbonne.
- Schulz, Daniel (2003): „Republikanismus und demokratische Ästhetik. Zur symbolischen Repräsentation der Republik in Frankreich“, in: Hans Vorländer (Hg.): *Zur Ästhetik der Demokratie. Formen politischer Selbstdarstellung*. Stuttgart: DVA, 73-94.
- Schulz, Daniel (2004): *Verfassung und Nation. Formen politischer Institutionalisierung in Deutschland und Frankreich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sieyès, Emmanuel Joseph (1988): *Was ist der Dritte Stand?* Hg. v. Otto Dann. Essen: Reimar Hobbing.
- Sternhell, Zeev (1997): *La droite révolutionnaire 1885-1914. Les origines françaises du fascisme*. Paris: Gallimard.
- Weber, Eugen (1976): *Peasants into Frenchmen*. Stanford: Stanford University Press.

